

(A)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

(C)

(B)

(D)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 30 auf:

Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Tom Koenigs, Manuel Sarrazin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Zur Situation von Roma in der Europäischen Union und in den (potentiellen) EU-Beitrittskandidatenstaaten**

– Drucksachen 17/5536, 17/7131 –

Hierzu liegen zwei Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Volker Beck für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Volker Beck** (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Dritten Reich wurden von Deutschland im Rahmen des Ho-

**Volker Beck (Köln)**

- (A) locaust in einem Völkermord an den Sinti und Roma in Europa 500 000 Menschen ermordet. Wer „Nie wieder Auschwitz“ sagt, der muss auch sagen: Nie wieder Diskriminierung von Sinti und Roma, und zwar in Deutschland und in Europa.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Andrej Hunko [DIE LINKE]: Und nie wieder Krieg!)

Die gesellschaftliche Situation von Sinti und Roma in unserem Land und von Roma in den Mitgliedstaaten und Beitrittsstaaten der Europäischen Union zeigt: In vielen Staaten ist die Lage katastrophal. In Deutschland ist sie dramatisch schlecht.

Was sagt die Bundesregierung in ihren Antworten auf die Große Anfrage und eine Kleine Anfrage zur Roma-Strategie der Bundesregierung? – Ich weiß nichts. Ich will nichts wissen. Ich tue auch nichts.

Die von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mitfinanzierte Bildungsstudie sagt über die Situation deutscher Sinti und Roma: Nicht einmal 20 Prozent haben eine berufliche Ausbildung. Fast die Hälfte hat keinerlei Schulabschluss, und 13 Prozent der Kinder besuchen nicht einmal eine Schule. 45 Prozent bekommen keine Unterstützung zum Beispiel bei Hausaufgaben. Dabei ist doch die Bildung der zentrale Schlüssel für die Integration wenigstens der nachfolgenden Generationen der Sinti und Roma in Deutschland.

- (B) Was gibt die Bundesregierung zum Besten, nachdem sie ursprünglich in ihrer Antwort auf die Anfrage völlige Unwissenheit vorgeschützt hat? Ich zitiere:

Die Bundesregierung vermutet, dass die Einschätzungen der beiden

– von uns zitierten –

Studien, dass die Bildungsbeteiligung und Bildungserfolge von Sinti und Roma in Deutschland unterdurchschnittlich sind, nicht ganz unbegründet sind. Die Verbesserung der Bildungssituation von Sinti und Roma in den genannten Bereichen fällt – sofern überhaupt staatliche Aufgabe – überwiegend in die Zuständigkeit der Länder.

Dabei belässt sie es dann. Das „sofern überhaupt staatliche Aufgabe“ muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Wir werden unserer historischen Verantwortung und der dramatischen Benachteiligung von Sinti und Roma in unserem Land nicht gerecht. Wir haben dabei eine große Verantwortung, zunächst einmal für die Menschen, die hier bei uns leben, aber auch dann, wenn wir die massiven Menschenrechtsverletzungen, die die Bundesregierung in ihrer Antwort – zu Recht – konzidiert, in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union kritisieren. Wie können wir diese Kritik glaubwürdig vortragen und von diesen Ländern verlangen, die Entmietung von Roma-Familien in den Städten Osteuropas und den Ausschluss von der Gesundheitsversorgung zu beenden und Maßnahmen zu ergreifen, damit Kinder von

Roma-Familien nicht per se in Sonderschulen landen, indem man durch frühkindliche Erziehung dafür sorgt, dass sie die Sprache des Umgebungsvolkes erlernen, damit sie eine Chance haben, in den Schulen Erfolge zu erzielen, wenn wir selber die Hände in den Schoß legen? Bei allen Maßnahmen, zu denen wir uns in der Europäischen Union verpflichtet haben, haben wir Argumente: Für die Gesundheitsversorgung gibt es bei uns die Krankenkassen. Für die Bildung sind die Länder und die Schulen zuständig. Was Integration angeht, kümmern wir uns nicht um spezifische Gruppen.

(Serkan Tören [FDP]: Das ist so!)

– Wie können Sie sagen: „Das ist so“? Wir verlangen von anderen Ländern, dass sie sich der spezifischen Problematik dieser Minderheiten annehmen, und prangern das Problem des Antiziganismus an, das keine osteuropäische Besonderheit ist, sondern, genauso wie der Antisemitismus, auch in unserem Land vorhanden ist. Wir fordern, dass sie etwas tun. Dabei sind wir selber keinen Deut besser.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, unsere historische Verantwortung gebietet, dass wir hier etwas tun.

Wir müssen auch bei den ausländerrechtlichen und aufenthaltsrechtlichen Fragen etwas tun. Wenn man sieht, dass die Kinder von Roma-Familien im Kosovo nicht eingeschult werden, dass die Wohnungssituation in vielen Regionen des Kosovo für Roma-Familien nicht geregelt ist, dass es dort eine dramatische Benachteiligung vonseiten des Staates und der Gesellschaft gibt und dass viele dieser Roma-Familien seit Jahren hier leben und viele Kinder hier geboren sind, finde ich: Wir müssen mit der Abschiebung Schluss machen. Wir müssen uns um die Integration kümmern und diesen Menschen eine Chance geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Ganz zum Schluss: Es gibt in meinem Wahlkreis unweit meiner Wohnung ein wunderbares Projekt.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Beck, versuchen Sie, es ganz kurz zu machen. Ich weiß, die Redezeit ist ungerecht.

**Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Dieses Projekt nennt sich Amaro Kher, Unser Haus. Dort werden Kinder aus Roma-Familien, die keinen Aufenthaltsstatus haben, beschult. Der Erfolg ist sagenhaft. Diese Kinder merken erstmals, dass sich Bildung lohnt, dass es Spaß macht, etwas zu lernen, und dass sie eine Chance bekommen.

Viele erfolgversprechende Bildungskarrieren werden aber wieder abgebrochen, weil die Familie von Abschiebung bedroht ist. Die Kinder sind durch die Situation in der Familie traumatisiert und kommen dann nicht zur Schule, oder sie werden durch das Umziehen von einem

**Volker Beck (Köln)**

- (A) Asylbewerberheim zum nächsten herumgeschubst und am Schulbesuch behindert.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Beck.

**Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Damit müssen wir Schluss machen.

(Zuruf des Abg. Serkan Tören [FDP])

– Herr Kollege, wir haben in Nordrhein-Westfalen dafür gesorgt, dass durch ein sehr differenziertes Verfahren die Abschiebung der Roma dort faktisch beendet wird.

(Andrej Hunko [DIE LINKE]: Von wegen!)

– Sagen Sie einmal, wie viele wo abgeschoben werden.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Beck, diese Debatte müssen Sie jetzt bitte auf die Ausschussberatungen verschieben.

**Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich fordere uns alle auf, in diesem Zusammenhang keine Parteipolitik zu machen,

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP:  
Nein!)

sondern sich unserer historischen Verantwortung bewusst zu werden. Wir machen hier keine Parteipolitik.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir geht es um die Situation der Menschen. Sie sollten sich dieses Problems annehmen. Die Antwort der Bundesregierung zeigt, –

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Beck.

**Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

– dass Sie da noch viel zu tun haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, es steht außer Zweifel, dass wir uns hier mit einem sehr wichtigen Thema beschäftigen und dass wir dieses Thema auch differenziert betrachten müssen. Ich bitte Sie trotzdem, mich nicht dazu zu zwingen, diesem Thema und der entsprechenden Behandlung durch Intervention bei erheblichem Überschreiten der Redezeit zu schaden. Lassen Sie uns das jetzt also bitte miteinander so debattieren, dass wir dann auch in die Ausschussberatungen gehen können, ohne dort Verletzungen aufarbeiten zu müssen.

(Beifall der Abg. Iris Gleicke [SPD])

Nun hat der Kollege Peter Beyer aus der Unionsfraktion das Wort.

**Peter Beyer (CDU/CSU):**

(C)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab: Ich glaube, ich unterschreite meine hier angezeigte Redezeit von zwölf Minuten bei weitem.

Auch heute ist die Diskriminierung von Minderheiten in Europa immer noch anzutreffen. Dies ist ein zutiefst beklagenswerter Zustand, an dessen Überwindung wir alle – die Regierungen, die Nichtregierungsorganisationen und auch alle Teile der Zivilgesellschaft – arbeiten müssen.

Besonders auffällig ist die Diskriminierung der Roma. So sind Roma oftmals überproportional von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Die Gründe dafür liegen meistens in tief verwurzelten Vorurteilen, welchen sich die Roma schon seit sehr, sehr langer Zeit leider immer noch ausgesetzt sehen. Insbesondere in einigen osteuropäischen Staaten geht die soziale Ausgrenzung oftmals mit einer räumlichen Ausgrenzung einher. In isolierten Siedlungen leben die Menschen meistens unter unwürdigen Bedingungen mit einer unzureichenden medizinischen Versorgung.

Leider ist es daher wenig überraschend, dass viele Roma nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten besitzen, sich weiterzubilden bzw. ihren Kindern den so wichtigen Zugang zu Schulbildung zu ermöglichen. Daraus ergibt sich wiederum die schlechte Ausgangslage für die spätere berufliche Entwicklung. Somit setzt sich die Armut vieler Roma über Generationen fort. Prekäre Lebensverhältnisse bleiben bestehen. Ein Ausstieg aus diesem Armutskreis durch berufliche Weiterentwicklung ist nur sehr schwer erreichbar.

(D)

Ebenfalls versuchen rechtsextreme Parteien – das ist besonders beklagenswert –, die Roma zu stigmatisieren und für ihre Zwecke zu missbrauchen. Selbst vor gewaltsamen Aktionen gegen Angehörige der Roma wird dabei nicht zurückgeschreckt.

Dies ist ein untragbarer Zustand, der entschiedene Gegenmaßnahmen erfordert. Schließlich ist es eine besondere europäische Verantwortung, jedem Menschen, unabhängig von Ethnie, Religionszugehörigkeit oder auch Herkunft, Sicherheit und Entwicklungschancen zu gewähren.

Ich hatte erst kürzlich Gelegenheit, mich mit Vertretern der Roma aus Ungarn hier im Deutschen Bundestag persönlich auszutauschen. Meine Gesprächspartner lobten die Anstrengungen, welche durch den EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 unternommen werden. Dieser wurde 2011 von der damaligen ungarischen Ratspräsidentschaft initiiert und wird weiterhin mit Nachdruck vorangetrieben. Wichtig war es den Roma-Vertretern, darauf hinzuweisen, dass diese Anstrengungen nicht nachlassen, um mittelfristig die soziale Integration ihrer Volksgruppe in die jeweiligen Mehrheitsgesellschaften zu erreichen.

Die Bundesregierung hat die Wichtigkeit der Integration von Roma seit langem erkannt. Daher engagiert sie sich für die Verbesserung der Situation dieser Menschen im Rahmen der europäischen Institutionen sowie bilate-

Peter Beyer

- (A) ral in Zusammenarbeit mit Partnerregierungen, Nichtregierungsorganisation und Menschenrechtsgruppierungen. Im Rahmen der Europäischen Union haben sich seit dem Jahre 2007 der Europäische Rat, der Rat der Europäischen Union, das Europäische Parlament sowie die Europäische Kommission bereits verstärkt mit der Integration der Roma befasst. Besonders die Leitinitiative Europäische Plattform gegen Armut, die Bestandteil der 2010 verabschiedeten Strategie Europa 2020 ist, setzt dabei richtige Signale.

Der bereits erwähnte EU-Rahmen bietet den Mitgliedstaaten wertvolle Hilfestellung auf einer breiten europäischen Basis. Dabei ist äußerst begrüßenswert, dass diese Entscheidungen auf eine Berücksichtigung der Belange der Roma in allen relevanten Politikbereichen setzen. Beispielsweise wird dem Zugang zu Bildung – das hatte der Kollege Beck schon erwähnt – besondere Bedeutung beigemessen. So ist es das erklärte Ziel, dass Kinder aus Roma-Familien zumindest die Grundschule erfolgreich abschließen.

Letztendlich kann nur ein umfassender und integrativer Ansatz in den zentralen wirtschaftlichen und sozialen Fragen eine fortlaufende Verbesserung der Situation der Roma im Hinblick auf Chancengleichheit ermöglichen. In seiner Straßburger Erklärung vom 20. Oktober 2010 hat der Europarat ebenfalls grundlegende Weichen für eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma gestellt. Der in diesem Rahmen verabschiedete Prioritätenkatalog bietet einen übergreifenden Ansatz insbesondere in den Bereichen Nichtdiskriminierung und Staatsbürgerschaft, soziale Einbeziehung sowie internationale Zusammenarbeit. Klar ist bei all dem, dass sich die dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma nur gesamteuropäisch erreichen lassen kann.

Die Bundesregierung setzt daher den Schwerpunkt ihres Engagements bewusst und richtigerweise auf einen multilateralen Ansatz. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass nur mittels gemeinsamer Anstrengung der europäischen Länder, welche über die grundsätzlich nationale Verantwortlichkeit der Staaten für Minderheitenschutz hinausgeht, eine effektive Integrationsförderung zugunsten der Roma gelingen kann. Ergänzend thematisiert die Bundesregierung im bilateralen Dialog mit den europäischen Partnerländern die Situation der Roma und anderer ethnischer Minderheiten. Ziel muss es sein, den Roma bei der eigenständigen Verbesserung ihrer jeweiligen Lebensumstände zu helfen und sie vor jeglicher Diskriminierung zu schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es letztendlich, gegen Stereotype und Ressentiments vorzugehen. Diese sind eine der Hauptursachen für die schwierige Lage der Roma, wie sie heute leider noch besteht.

Wer einem Menschen mit Vorurteilen begegnet und ihn deshalb kategorisch ablehnt oder ihm aufgrund seiner Herkunft negative Wesensmerkmale zuordnet, wird diesem Menschen auch keine fairen Chancen einräumen. Die Auseinandersetzung mit Vorurteilen erfordert kontinuierliche Anstrengungen und setzt Durchhaltevermö-

- gen voraus. Tiefverwurzelte Vorurteile lassen sich leider – das wissen wir alle – nur sehr langsam beseitigen. (C)

Wir müssen auch strukturelle Hindernisse überwinden, wenn wir den Roma Perspektiven für das berufliche Weiterkommen aufzeigen möchten. Damit meine ich insbesondere die Verbesserung der Bildungssituation, die den Schlüssel für einen eigenständigen Aufstieg in der Gesellschaft darstellt. Dass ein solcher eigenständiger Aufstieg gelingen kann, habe ich in meinem Wahlkreis erfahren. Ich habe dort Kontakt zu einer Roma-Familie, welche aus dem ehemaligen Jugoslawien zu uns nach Deutschland gekommen ist. Diese Familie lebt bereits seit einigen Jahren hier bei uns in Deutschland und hat alle Hürden, mit denen Einwanderer oftmals zu tun haben, erfolgreich gemeistert. Mittlerweile hat es diese Familie geschafft, sich erfolgreich mit einem kleinen Familienunternehmen in die Selbstständigkeit zu begeben.

Bei allen kritikwürdigen Umständen und noch zu lösenden Problemen müssen wir auch die positiven Beispiele benennen, welche zeigen, dass es für jede Minderheit, auch für die Roma, möglich ist, ihre Lebenssituation in Europa und auch hier bei uns in Deutschland eigenständig zu verbessern. Abschließend möchte ich sagen, dass es unsere vorrangige Aufgabe dabei ist, für einen entsprechenden Rahmen zu sorgen, in dem diese Entwicklung möglich ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Angelika Graf für die SPD-Fraktion. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Angelika Graf (Rosenheim) (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor 20 Jahren hat man beschlossen, für die von den Nazis ermordeten Sinti und Roma ein Mahnmal im Berliner Tiergarten zu errichten. Damit wurde erst vor drei Jahren wirklich begonnen. Derzeit ist das Ganze noch eine Baugrube. Man streitet wieder einmal ums Geld. Entsprechende Meldungen standen vor einigen Tagen in den Zeitungen.

Lassen Sie mich sagen, dass ich hoffe, dass wir es, wie Kulturstaatsminister Bernd Neumann angekündigt hat, im nächsten Winter einweihen können. Ich denke, es wäre ein wichtiges Zeichen dafür, dass wir die vielen ermordeten Sinti und Roma eben nicht vergessen wollen, und es wäre auch ein Zeichen gegen Rassismus in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage aber auch: Vonseiten der Bundesregierung muss es dazu mehr geben als ein Faltblatt und eine Broschüre. Die Errichtung dieses Mahnmals muss intensiv begleitet werden.

**Angelika Graf (Rosenheim)**

- (A) Zur heutigen Debatte. Heute diskutieren wir eine Große Anfrage der Grünen zur Situation der Roma in der Europäischen Union und in den Staaten potenzieller EU-Beitrittskandidaten. Ich erinnere mich sehr gut an die beeindruckende Rede von Zoni Weisz zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im Jahr 2011.

(Michael Brand [CDU/CSU]: Beeindruckend, das stimmt!)

Er hat eben nicht nur über die Vergangenheit gesprochen, sondern auch die heutige Lebenssituation von Sinti und Roma in der EU und insbesondere in osteuropäischen Ländern als menschenunwürdig bezeichnet. Wir, die SPD-Bundestagsfraktion, haben damals diese Rede von Zoni Weisz aufgenommen und einen daran anknüpfenden Antrag verfasst. Leider wurde er von der Mehrheit dieses Hauses abgelehnt. Ich freue mich deshalb sehr, dass die Grünen die Mahnung aus dieser Rede in ihrer Großen Anfrage mit aktuellen Zahlen zu Vorgängen in ganz Europa unterfüttert haben. Freude empfinde ich auch deshalb, weil sich auch die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien nochmals mit diesem schwierigen Thema beschäftigen mussten.

Beim Lesen der Antworten der Bundesregierung wird einem sehr klar: Der Umgang vieler EU-Staaten mit der größten europäischen Minderheit ist sehr kritisch zu sehen. Ich nenne nur einige Beispiele:

Frankreich ist ganz offensichtlich nur knapp einem Vertragsverletzungsverfahren wegen Verletzung der Freizügigkeitsrichtlinie entgangen.

- (B) In Italien besuchen 75 Prozent der Roma-Kinder keine Schule. Die Roma sind in Camps offensichtlich sehr schlecht untergebracht. Dadurch verfestigt sich – ich zitiere aus der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage – „die irriige Vorstellung von einer nomadischen Lebensweise“ und der schlechten Integrierbarkeit der Roma. Hier versagt aus meiner Sicht, wie auch in anderen Zusammenhängen, der italienische Staat. Die Bemerkung sei erlaubt: Ein bisschen weniger „Bunga, bunga!“ und ein bisschen mehr Anstrengungen für die Integration von Menschen wären hier vielleicht eine gute Sache gewesen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Tschechien stellte im Jahre 2009 eine neonazistische Partei ihre als wissenschaftlich deklarierte Schrift „Die Endlösung der Zigeunerfrage in den böhmischen Ländern“ ausgerechnet auf dem Gelände des ehemaligen Roma-Lagers in Lety bei Pisek vor. Ich finde es sehr erfreulich, dass derzeit gegen diese Neonazis ermittelt wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Tatsache ist aber auch, dass es solche Tendenzen überall gibt.

Relativ finster wird es, wenn es um die Situation in Ungarn, in Bulgarien und in Rumänien geht. Der Anti-

ziganismus wird in beunruhigender Weise immer salonfähiger, und das trotz zahlreicher guter Initiativen, Interventionen und Programme der Europäischen Union. Was den restlichen Balkan betrifft, weiß ich auch aus eigener Anschauung, wie schwierig die Situation der Roma zum Beispiel in Mazedonien ist. Wer einmal in einem solchen Dorf war, in dem Roma leben, der weiß, wovon ich spreche. Ich habe dies schon in meiner letzten Rede zu diesem Thema sehr deutlich gemacht.

Es muss uns klar sein – da hoffe ich auf die Zustimmung des ganzen Hauses –: Die humanitären Mittel im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa dürfen im kommenden Jahr nicht gekürzt werden. Ich möchte mich ausdrücklich bei unserem ehemaligen Kollegen Christian Schwarz-Schilling für seinen Einsatz für serbische Roma bedanken

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und bin als Vorstandsmitglied der Organisation Help stolz, dass auch wir über gute Projekte in Serbien den Menschen helfen konnten. Dies ist umso wichtiger, als das Einkommen von Roma in Serbien laut Antwort der Bundesregierung um 48 Prozent niedriger liegt als das der „normalen“ Serben. Wie soll ein Mensch vernünftig und gesellschaftlich integriert leben können, wenn ihm zusätzlich noch das Recht auf Bildung oder das Recht auf Wasser verweigert wird?

Im Kosovo ist die Situation nach vielen Berichten, unter anderem auch von der UNICEF, noch schlimmer als in anderen Ländern des Balkans. Ich denke deshalb, dass es richtig ist, Abschiebungen in dieses Gebiet auszusetzen und dabei insbesondere das Wohl der Kinder, die oft bei uns in Deutschland geboren und sozialisiert sind, im Auge zu haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wie sieht es generell mit der Roma-Politik in Deutschland aus? Ist es wirklich so, wie die Kolleginnen und Kollegen aus den Regierungsfractionen schon bei der letzten Debatte behauptet haben, dass die Roma in Deutschland sozusagen auf einer Insel der Glückseligen leben und nichts verändert werden muss, dass wir also keinen nationalen Aktionsplan brauchen? In Deutschland sind Sinti und Roma seit 600 Jahren beheimatet. In den letzten Jahrzehnten sind allerdings viele Roma aus den Staaten Südosteuropas zugewandert. Sie erleben auch bei uns vielfältige Diskriminierung. Wird irgendwo ein Fahrrad geklaut, dann war es im Zweifelsfall die Roma-Familie aus der Parterrewohnung.

Diskriminierung lässt sich auch im Bildungsbereich feststellen. Die Antwort der Bundesregierung zur Bildungsbeteiligung und zum Bildungserfolg von Roma-Kindern hat Volker Beck schon angesprochen. Die Einschätzung, dass die Erfolge unterdurchschnittlich seien, sei, so steht es in der Antwort der Bundesregierung, nicht unbegründet. Allerdings falle das in die Zuständigkeit der Länder.

**Angelika Graf (Rosenheim)**

- (A) Erkenntnisse zum Antiziganismus hat die Antidiskriminierungsstelle des Bundes nicht. Es gibt auch keine Lehrstühle, die sich schwerpunktmäßig mit Antiziganismus auseinandersetzen, wobei es im NGO- und halbstaatlichen Bereich eine Reihe von guten Berichten und Ausarbeitungen dazu gibt. Ich frage mich, warum die Bundesregierung diese Unterlagen nicht zum Anlass nimmt, einen nationalen Aktionsplan für die in Deutschland lebenden Roma aufzulegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Der ständige Verweis der Bundesregierung auf die Verantwortung der Länder, der sich durch die ganze Antwort zieht, macht es übrigens nicht wirklich besser. In nahezu jeder Antwort, die zu den Lebensumständen der Roma in Deutschland gegeben wurde, berichtet die Bundesregierung zudem, es bestünden wegen des zu Recht fehlenden statistischen Kriteriums der ethnischen Zugehörigkeit keine aussagekräftigen „Erkenntnisse über Wohnraumprobleme sowie die soziale und medizinische Versorgung.“ Wäre es denn nicht klüger, auf offenkundige Tatsachen zu reagieren, als den Eindruck zu erwecken, man benutze das Fehlen statistischer Erkenntnisse als Ausrede?

Ich nehme daher die Anfrage der Grünen zum Anlass, nochmals an die Bundesregierung zu appellieren: Entwickeln Sie gemeinsam mit den Roma-Verbänden und dem Zentralrat Lösungen. Legen Sie einen Aktionsplan auf. Holen Sie die Bundesländer und die Gemeinden ins Boot. Stoppen Sie die Abschiebungspläne, und setzen Sie sich für eine humanere Lösung ein.

- (B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Nehmen Sie Ihre Verantwortung innerhalb Europas wahr. Das würde insbesondere vor dem Hintergrund unserer Geschichte sicher gut sein.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie der Abg. Michael Brand  
[CDU/CSU] und Dr. Ilja Seifert [DIE  
LINKE])

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Pascal Kober das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

**Pascal Kober (FDP):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 10 bis 12 Millionen Roma leben derzeit in den Staaten Europas als deren Staatsbürger. In Deutschland gibt es etwa 70 000 Roma mit deutschem Pass; hinzu kommt noch eine unbekannte Zahl von Roma, die unter uns leben. Um diese Menschen zu fördern, setzt diese Koalition auf politische Maßnahmen im Rahmen ihrer breiter angelegten Integrationspolitik. Dabei liegt der Fokus auf dem Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheits-

versorgung und Wohnraum. Das stellt eine auf die konkreten Probleme dieser Menschen ausgerichtete Politik dar. (C)

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Sie haben die  
Abschiebung vergessen!)

Festhalten möchte ich jedoch, dass die allermeisten Roma, die in Deutschland leben, sehr gut integriert sind und auch keine nationale Roma-Strategie benötigen oder fordern. Wir befürchten vielmehr, dass eine solche Strategie, die ausschließlich auf die Roma ausgerichtet wäre, unter Umständen sogar zu deren Diskriminierung beitragen und damit das Gegenteil von dem bewirken könnte, was wir uns erhoffen.

(Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN]: Quatsch!)

Jedoch sind sich alle Organisationen von der EU über die OSZE bis zum Europarat darin einig, dass Roma in vielen Ländern Europas mit erheblichen Problemen zu kämpfen haben. Vor allem ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte werden häufig nicht hinreichend gewährleistet; häufig sind sie von Armut betroffen, und ihre Lebenserwartung liegt deutlich unter dem Durchschnitt.

Ich möchte außerdem auf die besondere Problematik hinweisen, dass Roma aus dieser Armut und Perspektivlosigkeit heraus überdurchschnittlich häufig Opfer von Menschenhandel werden. Dieses Problem anzugehen, ist uns als FDP-Fraktion, uns als Regierungskoalition besonders wichtig. (D)

Die Diskriminierungen, denen Roma ausgesetzt werden, nehmen ein sehr unterschiedliches Maß an. Hier muss man eine regionale Differenzierung vornehmen. Vor allem in südosteuropäischen Ländern sind seit dem Fall des Eisernen Vorhangs neue und sehr komplexe Problemlagen entstanden. Während der vergangenen 20 Jahre hat dort der Zusammenhang von Armut und ethnischer Zugehörigkeit stark zugenommen. Hiervon sind die Roma in besonderem Maße betroffen.

Die bisher aufgelegten Regierungsprogramme, so sie denn existieren, bringen häufig nicht den erhofften Erfolg; Diskriminierung und Segregation nehmen zu. Diese schleichende gesellschaftliche Desintegration beginnt häufig schon in der Schule, wo immer mehr Roma-Kinder getrennt unterrichtet werden. In Tschechien beispielsweise werden besonders viele Roma-Kinder in Schulen für Kinder mit Lernbehinderungen oder in reinen Roma-Klassen unterrichtet. Dort ist nicht nur der Bildungsstandard geringer als an den regulären Schulen, womit den Kindern der spätere Einstieg in den Arbeitsmarkt erschwert wird; die Folge davon ist auch, dass diesen Kindern zwischenmenschliche Bindungen und Freundschaften mit Kindern der Mehrheitsgesellschaft fehlen. Diese Segregation fördert solches Schubladendenken und lässt überhaupt erst die Idee des Anderen manifest werden.

Eine traurige Konsequenz aus den so entstandenen Grenzen in den Köpfen der Menschen verdeutlicht die Entwicklung in einer ostslowakischen Stadt. Dort hat die

**Pascal Kober**

- (A) Stadtverwaltung im September 2010 eine hohe Mauer in der Nähe einer Roma-Siedlung errichten lassen. Sie sperrt eine Straße ab und verhindert, dass die Roma auf ihrem Weg in das Stadtzentrum ein anliegendes Wohnviertel durchqueren, welches hauptsächlich von Nicht-Roma bewohnt wird.

(Michael Brand [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Diese Absperrung verlängert den Weg ins Stadtzentrum für die Roma um rund eine halbe Stunde und ist ein Zeichen von Segregation, wie es ausgrenzender und diskriminierender kaum sein könnte. Ähnliche Mauern und Zäune sollen auch in weiteren Gemeinden errichtet worden sein.

Solchen Betonmauern gehen meist mentale Mauern voraus, deren Fundamente tiefverwurzelt sind und die es abzubauen gilt.

Nicht zu vergessen ist die menschenverachtende Hetze rechtsextremer Gruppen, deren Gedankengut in die Gesellschaft eindringt. Ihre Ausläufer zeigen sich in der täglichen Diskriminierung, denen Roma ausgesetzt sind, sei es in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt oder bei den Behörden.

Darum begrüße ich es, dass die Bundesregierung auf diesem Feld besonders aktiv ist und sich europaweit für die Rechte der Roma einsetzt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Schönrederei!)

- (B) Dass sie dabei in erster Linie einen multilateralen Ansatz verfolgt, leuchtet angesichts des umrissenen Problems ein. Denn die Integration der Roma in einem Europa ohne Binnengrenzen kann nur gemeinsam gelingen, indem jeder Staat seinen Verpflichtungen nachkommt.

Neben den multilateralen Maßnahmen steht diese Bundesregierung natürlich auch im bilateralen Dialog mit unseren europäischen Nachbarn und bringt dabei die Roma durchaus zur Sprache. Sie hat beispielsweise die bulgarische und rumänische Regierung in ihrer Politik für die Roma unterstützt, indem sie den Kontakt zu Hilfsorganisationen, einzelnen Vereinen und Verbänden sowie zuständigen Regierungsstellen gefördert hat. Als im April 2011 mehrere rechtsextremistische Gruppierungen in einem ungarischen Dorf die Roma-Bevölkerung über mehrere Wochen terrorisierten, hat die Bundesregierung nicht geschwiegen und die ungarische Regierung eindringlich ermahnt, dagegen vorzugehen. Darüber hinaus steht die deutsche Botschaft in Budapest in regelmäßigem Kontakt mit Vertretern der ungarischen Zivilgesellschaft, organisiert Veranstaltungen und unterstützt den Austausch mit deutschen Roma.

Außerdem fördert die Bundesregierung in mehreren Staaten des westlichen Balkans zahlreiche Projekte, die der Verbesserung der Situation der Roma dienen. Dazu gehören beispielsweise Hilfsmaßnahmen bei Existenzgründungen, Unterstützung bei der Schaffung von Wohnraum und Mediationsmaßnahmen bei Konflikten zwischen ethnischen Gruppen. Das Bundesministerium des Innern und das Auswärtige Amt haben dafür in den Jahren 2008 bis 2011 ungefähr 3,66 Millionen Euro aus-

gegeben. Auch zukünftig soll der bisherige Mittelfang aufrechterhalten werden. (C)

Schließlich setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass bei der Bewertung der EU-Beitrittskandidaten der vollständigen rechtlichen Gleichstellung und der gleichberechtigten Teilhabe von Minderheiten wie den Roma gebührende Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ich begrüße ausdrücklich, dass dabei nicht nur die formale Gesetzgebung bewertet, sondern auch auf Indikatoren Wert gelegt wird, die über die Entwicklung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Teilhabe der Roma Auskunft geben.

Ich denke, ich habe klargemacht, dass diese Bundesregierung, lieber Herr Kollege Beck, ihrer Verantwortung für die Roma in Gesamteuropa auf vielfältige Weise nachkommt.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was machen Sie in Deutschland?)

In diesem Sinne werden wir uns weiter für eine Gesellschaft einsetzen, in der niemandem sein Platz verwehrt wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Fraktion Die Linke hat nun der Kollege Andrej Hunko das Wort.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Brand [CDU/CSU]: Muss die Woche so enden?) (D)

**Andrej Hunko (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist sehr begrüßenswert, dass wir diese wichtige Debatte führen. Ich möchte ausdrücklich den Grünen für ihre Große Anfrage und die Entschließungsanträge danken, die wir heute behandeln. Auch wenn ich es bedauere, dass wir hier am Freitagnachmittag nur mit geringer Aufmerksamkeit diskutieren,

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Knapp an der Beschlussunfähigkeit vorbei!)

ist es wichtig, dass wir das diskutieren; denn die Lage der Roma in der Europäischen Union ist in der Tat dramatisch.

Es sind bereits viele Beispiele genannt worden. Ich möchte noch an das Lager in Turin in Italien erinnern, das vor einigen Wochen von einem Mob in Brand gesteckt wurde. Ich möchte – das ist noch nicht angesprochen worden – auch an die unerträgliche Kampagne von Sarkozy vor anderthalb Jahren gegen die Roma in Frankreich erinnern. Das sind Sachen, die nicht passieren dürfen. Das wollen wir in Europa nicht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wird die Kanzlerin im Wahlkampf klarmachen!)

**Andrej Hunko**

- (A) Aber auch die Situation der Roma in Deutschland ist bedrohlich. Allein durch das sogenannte Rückführungsabkommen mit dem Kosovo sind an die Zehntausend Roma in Deutschland von der Abschiebung bedroht. Die Abschiebungen finden auch statt. Auch wenn die Bundesregierung argumentiert: „Wir schieben gar keine Roma ab; wir schieben kosovarische Staatsbürger ab“, so sind es doch mit überwältigender Mehrheit Roma, die von diesem Abschiebeabkommen betroffen sind. Wir lehnen diese Abschiebeabkommen ganz klar ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte ein Beispiel aus meiner Heimatstadt Aachen bringen. Dort wurde am Nikolaustag 2011 die 19-jährige Roma-Schülerin Sadbera R. frühmorgens nicht vom Nikolaus, sondern von der Polizei aus dem Schlaf gerissen. Sie wurde am gleichen Tag nach Sarajevo abgeschoben. Sie war gut integriert. Sie war Schülerin. Ihre Familie ist auseinandergerissen worden. Diese Abschiebung, Herr Beck, hat in Nordrhein-Westfalen unter einer SPD-Grünen-Regierung stattgefunden.

(Zuruf von der FDP: Aha!)

Auch das darf nicht sein. Deswegen fordern wir einen Abschiebestopp auch in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Ich will auch an den Fall Borka T. erinnern, der 49-jährigen Roma-Frau aus Mayen bei Koblenz. Sie wurde am 7. Dezember 2010 – ähnlich wie bei dem Fall in Aachen – morgens zusammen mit ihrer Familie aus dem Bett gerissen und wurde noch am gleichen Tag abgeschoben. Wenige Wochen später ist diese Roma-Frau im Kosovo an einer Gehirnblutung verstorben. Viele Sachverständige, die sich im Nachhinein damit befassen haben, haben gesagt: Das ist durch die Abschiebung passiert. Mit einer fachärztlichen Betreuung, wie sie in Deutschland gegeben war, wäre das nicht passiert. – Wir halten das für unerträglich. So etwas darf in einem zivilisierten Land wie Deutschland nicht passieren.

(Beifall bei der LINKEN – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Von der Koalition hört keiner zu! Die wollen das nicht hören!)

Zu den Anträgen der Grünen. Es ist begrüßenswert, dass ein Abschiebestopp gefordert wird. Setzen Sie das aber bitte schön auch in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen um. Kürzlich war eine Delegation der Landesregierung Baden-Württemberg im Kosovo. Im Nachhinein haben Sie die Situation dort schöngeredet und haben gesagt: „Es ist alles okay, wir können weiter abschieben.“ – Bitte nutzen Sie Ihren Einfluss auf die Landesregierungen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, um einen völligen Abschiebestopp durchzusetzen.

(Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Das ist doppelzüngig!) (C)

Die Linke fordert – ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin – ein vollständiges Bleiberecht und Aufenthaltsrecht aller Roma in Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern das nicht nur aufgrund der humanitären Verantwortung, sondern auch aufgrund der historischen Verantwortung. 500 000 Sinti und Roma sind unter dem Naziregime ermordet worden.

(Michael Brand [CDU/CSU]: Wenn Sie von historischer Verantwortung sprechen, klingt das merkwürdig!)

Wir fordern vor allen Dingen auch eine Aussetzung dieses unerträglichen Rückführungsabkommens mit der Republik Kosovo. Bitte stoppen Sie dieses Abkommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Christoph Strässer [SPD]: Es ist ausgesetzt, das wissen Sie!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird vorgeschlagen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/8868 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zu überweisen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen. (D)

Der Entschließungsantrag auf Drucksache 17/8869 soll überwiesen werden zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch diese Überweisung so beschlossen.

